

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نپاشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Knut Mellenthin
12.11.2020

Grundlose Hoffnungen

Iran: Große Erwartungen an gewählten US-Präsidenten Biden. Aber zunächst drohen noch mehr Sanktionen

Nach der Abwahl von Donald Trump geht ein Aufatmen um die Welt. Aber nur wenige Regierungen setzen in den nächsten Präsidenten der USA so große Hoffnungen wie die in Teheran. Eshagh Dschahangiri, der erste unter den iranischen Vizepräsidenten, twitterte am Sonnabend: »Endlich (...) ist die Ära Trumps und seines abenteuerlichen, kriegesischen Teams beendet. (...) Ich hoffe, wir werden eine Veränderung der destruktiven Politik der Vereinigten Staaten und ihre Rückkehr zu Recht, internationalen Verpflichtungen und Respekt vor anderen Nationen erleben.«

Ebenfalls am Sonnabend erklärte Irans Präsident Hassan Rohani: »Ich hoffe, die nächste US-Regierung wird Lehren aus dieser dreijährigen Erfahrung ziehen, sich an das Recht halten und zu all ihren Verpflichtungen zurückkehren, so dass das iranische Volk den Lohn für seine Geduld und seinen Widerstand sehen und fühlen wird.«

Die iranische Regierung widerspricht damit dem »Revolutionsführer« Ajatollah Sejjed Ali Khamenei, der am Wahltag vor Bekanntwerden der ersten Ergebnisse unmissverständlich gesagt hatte: Iran mache sich keine Gedanken darüber, wer aus der US-amerikanischen Präsidentenwahl als Sieger hervorgehen werde, und werde seine Politik unbeeinflusst vom Ergebnis fortsetzen.

Nach der Verfassung ist Khamenei nicht nur religiöser Führer, sondern auch Staatsoberhaupt. Trotzdem wird seinen Worten nur noch höfliche, aber folgenlose Achtung erwiesen. Rohani schaffte den Übergang zur hoffnungsvollen Gesprächsbereitschaft auf die für ihn typische realitätsferne, großsprecherische Art. Am vorigen Donnerstag sagte er: »Es spielt keine Rolle, wie heute Nacht oder morgen das Wahlergebnis aussieht und in wessen Händen die Macht liegt. Denn es besteht kein Zweifel, dass die künftige US-Regierung sich dem Willen des iranischen Volkes unterwerfen wird«, da sie gar keine andere Option habe.

In Wirklichkeit hat sich der Wahlsieger Joseph Biden bisher nur zurückhaltend zum Wiener Abkommen geäußert, das im Juli 2015 während seiner Amtszeit als Vizepräsident unter Barack Obama unterzeichnet worden war: In einem Kommentar für den US-Sender CNN schrieb Biden im September: »Falls der Iran zur strikten Einhaltung der Atomvereinbarungen zurückkehrt, würden die USA dem Vertrag« – den Trump im Mai 2018 gekündigt hatte – »als Ausgangspunkt für nachfolgende Verhandlungen wieder beitreten«.

Das Thema interessiert allerdings die meisten seiner Wähler nicht, und in beiden Kongressparteien ist keine Absicht spürbar, sich für eine Verbesserung der Beziehungen zum Iran einzusetzen. Auch Biden selbst hat bisher keinen Enthusiasmus für dieses Ziel gezeigt.

Außerdem: Bis der Wahlsieger am 20. Januar des Weiße Haus übernimmt, werden noch sieben Wochen vergehen, die Trump in enger Absprache mit der israelischen Regierung nutzen will, um seinem Nachfolger die Aufnahme von produktiven Kontakten nach Teheran so schwer wie möglich zu machen.

Zur Diskussion über das praktische Vorgehen führte Trumps Sonderbeauftragter für den Iran und Venezuela, der schon seit Jahrzehnten aktive neokonservative Intrigant Elliott Abrams, am Sonntag und Montag Gespräche mit Premier Benjamin Netanjahu und anderen Mitgliedern der israelischen Regierung. Am Dienstag flog er in die Vereinigten Arabischen Emirate und nach Saudi-Arabien weiter. Dasselbe Programm zum Thema Iran erwartet Außenminister Michael Pompeo in der nächsten Woche. Gleichzeitig mit Abrams hielt sich auch der Chef der neokonservativen Denkfabrik »Foundation for Defense of Democracies« in Jerusalem auf.

Vor der Presse erläuterte Abrams, dass Trump seine verbleibende Amtszeit nutzen werde, um eine Vielzahl zusätzlicher Sanktionen gegen den Iran anzuordnen. Diese sollen sich auf Bereiche konzentrieren, die mit Teherans Atomprogramm nichts zu tun haben. Bevorzugt sind da Strafmaßnahmen, die mit Irans angeblicher Unterstützung des Terrorismus und mit Menschenrechtsverletzungen begründet werden. Biden könnte an diesen Sanktionen auch festhalten, wenn er einen Wiedereinstieg in das Wiener Abkommen anstrebt.